

# Sachsen-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 452. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.  
Telephon 155; Redaktion Telephon 1272. Abg. Dr. Braunhaus.  
Schriftleitung: Dr. Walter Götterleben in Halle a. S.

Dienstag, 26. September 1905.

Geschäftsstellen in Berlin Bernburgerstr. 3.  
Telephon-Hilf. Nr. 11494.  
Druck und Verlag von Otto Zille in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 26. September.

#### Kriegsrat auf dem Kuffhäuser.

Der Kuffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände hat am 17. und 18. September auf dem Kuffhäuser seine jährliche Vertreterversammlung abgehalten. Diese Versammlung war die ganze Bedeutung des Kuffhäuser-Bundes finden nicht nur in der breiten Öffentlichkeit aufmerksame Beachtung, sondern werden auch von allerhöchsten und höchsten Stellen wie auch von den Staatsregierungen mit Wohlwollen und Teilnahme verfolgt. Das beweisen die huldvolle Antwort des Kaisers auf das an ihn gerichtete Grußungsgramm sowie die warm empfangene Rede, mit der der Geheimen Ober-Regierungsrat Heinrichs, vortragender Rat im preussischen Ministerium des Innern, auf die Begrüßung des Vorsitzenden, Generals der Infanterie z. D. von Zpig, erwiderte.

Die Verhandlungen wurden von Anfang bis zu Ende von Erregung von Zpig geleitet. Die Rede, die der Vorsitzende den Verhandlungen vorausschickte, gipfelte in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser und seine Verbündeten, die deutschen Fürsten und freien Städte. Der vom zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Westphal, erhaltene Geschäftsbericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1905 lag gedruckt vor. Die Finanzen des Bundes sind nach einer Mitteilung des anstelle des verstorbenen Geheimen Staatsrats Stengel gewählten Schatzmeisters, Majors z. D. Simons, trotz der Bauhöflichkeit in den letzten Jahren in erfreulichen Aufstiegen begriffen. In zwei Jahren werden auch die Schulden der Kuffhäuser-Vereine abgetilgt sein, und Ende 1909 wird der laut Vertreterbeschluss von 1904 durch weiteren Beitrag von zwei Fennig zu schaffende Reservefonds von 100.000 Mark voranschicklich ganz gebildet sein.

Aus den anfangs untrüben eingegangenen Geldumlagen für Witten und Aktien von Kriegervereinigungsmitteln in Deutsch-Südwestafrika hat der Preussische Landes-Kriegerverband dem Kuffhäuser-Bunde 30.000 Mk. übermietet. Die Zinsen dieses Kapitales über das Kapital selbst werden, da Unterhaltungen von diesem Gelde noch nicht gezahlt zu werden brauchen, erhebliche Dienste im Schutze leisten, wenn nach Beendigung des Aufstandes wieder geordnete Verhältnisse eintreten und die gefährdeten Kameraden mit ihren Familien sich friedlichem Erwerb erneut widmen.

Der Bund kann mit den Ergebnissen des abgelaufenen Geschäftsjahres wohl zufrieden sein. Dies gilt auch von der nach einem Wähltag der vorjährigen Vertreterversammlung Anfang dieses Jahres gegründeten Kuffhäuser-Korrespondenz, die Professor Dr. Westphal in seinem Bericht einen Schluger ersten Ranges nannte. In der Tat berechtigt dieses jüngste Kind der deutschen Landes-Kriegerverbände, wie der Redakteur Dr. Mörs-Werlin im Anschluß daran anspricht, zu den besten Hoffnungen. Die Kuffhäuser-Korrespondenz, die dazu bestimmt ist, die Provinzialzeitungen durch ihren gelieferten Artikel über die Befreiungen der Kriegervereine zu unterstützen, wird, von den Kriegszeitungen abgesehen, an mehr als 2000 Zeitungen in allen deutschen Bundesstaaten geschickt und von ihnen fleißig benutzt.

Eine neue gemeinsame Aufgabe hat sich der Kuffhäuser-Bund dadurch gestellt, daß die Vertreterversammlung, einem Antrage des Vorstandes folgend, beschloß, der Kuffhäuser-Bund solle sich künftig an der Sorge für die Ermüdung der Kriegsergräber in Elsaß-Lothringen beteiligen. Die verdienstvolle Tätigkeit der bisher in diesem edeln Werke tätigen Stellen wird dadurch nicht beeinträchtigt oder beschränkt werden. Von großer Bedeutung ist auch der Beschluß, wonach der Vertretertag des Kuffhäuser-Bundes den korporativen Beitritt von Kriegervereinen zu einer außerhalb der Organisation des Kriegervereinswesens stehenden Vereinigung nicht für wünschenswert hält.

Ein Beschluß der Versammlung betraf die Wehrsteuer, für die sie mit warmen Worten eintritt. Die besagte Resolution schließt mit den Worten: „Hoherfreut würden die alten Soldaten der deutschen Kriegervereine sein, wenn der Ertrag einer etwaigen Wehrsteuer in erster Linie dazu benützt würde, allen Kriegsteilnehmern, die unverwundet in den geraden und der Unterstützung würdigen Fälle Wehrschicksal zu erlangen, damit der Reichsinvalidenfonds seinem ursprünglichen Zwecke wieder angefüllt werden kann.“ Auch der vom Vizepräsident A. D. Kühne angelegte und vom Major z. D. Simons warm befürwortete Vorschlag, unseren braven, unter den größten Schwierigkeiten mit bewundernswürdiger Ausdauer und Tapferkeit in Afrika kämpfenden Truppen in Form einer Resolution in den Dank und die Vermehrung des Kuffhäuser-Bundes auszudrücken, fand freudigen Widerhall in der Versammlung.

So ist der letzte Vertretertag des Kuffhäuser-Bundes in jeder Beziehung befriedigend verlaufen. Man darf die Zuversicht hegen, daß er auschlagen wird zum Wohl des gesamten deutschen Kriegervereinswesens und unseres geliebten deutschen Vaterlandes.

\* **Südweltafrika.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Otto Bauer, geboren am 8. Aug. 1883 zu Giesleben, früher im 1. Regiment Nr. 36, am 20. Sept. 1905 in Kurras durch Unvorsichtigkeit eines Sergeanten verunndet; Schuß durch Nacken und Mund.

\* **Zur Marofffrage?** Der Reichsfanzler Fürst Bülow empfing Montag abend den französischen Vizepräsidenten Bihourd zu einer längeren Unterredung.

„**Königliche Volkszeitung**“ contra Kolonialamt.  
Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ beipflichtet gegenüber der Vermählung der von ihr gegebenen Darstellung der Vorgeschichte der Kamerun-Grenzfrage durch die „Königliche Volkszeitung“ nochmals die Hauptpunkte, worauf der Korrespondent der „Königlichen Volkszeitung“ seine Anschuldigungen aufgebaut hat. Die „Nordde. Allg. Ztg.“ betont u. a. folgendes: 1. Das Neneche Buch ist nicht nur ohne jede amtliche Anweisung und Unterstützung entstanden, sondern auch das Kamerunabnahmefortium hat einen Zutritt zu den Dokumenten weder gestattet noch zugelassen. 2. Versuchen, mit welchen die Kolonialverwaltung wegen Verletzung der Verträge an das Schiedsamt sich wendete, waren, entgegen den Behauptungen der „Königlichen Volkszeitung“, vom Schiedsamt in aller Form als beabwichtigt auf den Verhandlungen beschieden. — Die „Nordde. Allg. Ztg.“ weist ferner nochmals nach, daß 3. bereits in der Schiedsentscheidung vom 6. Dezember 1904 die Zinnsicherung der Kamerunabnahme ohne eine Reichsgarantie als unmöglich bezeichnet und Bihourd für die Verhandlungen auf der Grundlage partieller Reichsgarantie benannt wurden. Die „Nordde. Allg. Ztg.“ schließt ihre längeren Ausführungen: „Es weist dabei, daß der Korrespondent der „Königlichen Volkszeitung“ Verlage für seine fälschlichen Behauptungen weder bezeugt noch überhaupt bezeugt, mit ihm seine öffentliche Äußerung in fabelhafter Weise auf der unzureichenden Grundlage ganz lächerlicher und unwichtiger Informationen erob. Dies Verhalten wird dadurch nicht wieder gut gemacht, daß der Korrespondent am Schluß seines Rechtfertigungsartikels schreibt: „Das Schiedsamt war eine Gesellschaft, die ohne Reichsgarantie eine Kolonialabnahme wollte; wäre ihr das gelungen, so hätte der Reichstag gewiß nicht über eine Reichsgarantie für eine andere Kolonialabnahme übernommen. Reichlich gibt es Leute, die ein Interesse daran haben, das zu verhindern.“ Das ist eine neue schwere Verdächtigung der Kolonialverwaltung, der infolgedessen, wie sie durch ihr Vorgehen offensichtlich das Zustandekommen der Kamerunabnahme ohne Reichsgarantie hindern wollte. Diese Verdächtigung, für die nachfolgendermaßen keine rechtliche Stütze besteht, steht durchaus auf der Höhe der bisherigen als unbegründet und unwahr nachgewiesenen Behauptungen.“

\* **Zum Besuche der Kronprinzessin** ist die Gräfin Pourtales im königlichen Schloß zu Somburg v. D. eingetroffen. Montag nachmittag wurde ein Ausflug nach der Saalburg unternommen.

\* **Der Besuch des Königs Alfons in Berlin.** Der Madrider „Diario Universal“ teilt mit, daß die Regierungen von Berlin und Madrid den Antrag des Königs Alfons in Berlin endgültig auf den 6. November festgesetzt haben. Hierfür wird der Besuch des Königs Alfons in Wien erfolgen, doch wird er, wie der „Diario Universal“ hinzufügt, den Charakter eines einfachen Familienbesuches tragen.

\* **Fürst Bülow und Herr von Witt.** Reichsfanzler Fürst Bülow empfing am Montag vormittag in Berlin den Besuch des Präsidenten des russischen Ministerkomitees, Herrn von Witt. Beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes fand am gleichen Tage zu Ehren Herrn von Wittes ein Frühstück statt, an dem auch der Reichsfanzler teilnahm. Abends um 11 Uhr reiste Ministerpräsident von Witt nach Rom in ab.

\* **Ernennung.** Der Großherzog von Oldenburg ernannte den Geh. Oberregierungsrat Dr. Eugen Widenhausen, Berlin, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister unter Verehrung des Fürst v. Sch. Rat.

\* **Bei der Landtagswahl** im Wahlkreis S. über die W. marschen wurde der von nationalen Wählern aufgestellte Kandidat, Hofbesitzer Peters-Reinhold, mit 123 Stimmen gewählt. Reiter Doed (freiw.) erhielt 34 Stimmen.

### Ausland.

**Chechisch-ungarn.**  
Der „Pester Lloyd“ schreibt über die politische Lage:

Die öffentliche Meinung gibt einmütig ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der so feierlich inszenierte Empfang der Führer der Tschechen beim König, von dem jedermann eine Wendung zum Besseren erwartete, zum Ausgangspunkt neuer Meinungen und Klänge geworden ist. Die Art, in welcher die Vertreter der tschechischen Parteien abgeführt wurden, die Schwere, mit welcher der Herrscher ihnen kurz und bündig nur seinen Willen kundgab, ohne ihre sorgsam vorbereiteten Vorschläge auszuüben, die Zustimmung, mit der Minister des Außenwesens zu verhandeln, der in inneren ungarischen Fragen nicht zufällig ist, alles dies begegnet in den Wählern eines Interesses der Beteiligung einer unangenehmen Beteiligung.

Der leitende Ausfühler der ungarischen Sozialisten erklärt, er bedauere auf das erste, daß der König die von ihm berufenen Staatsmänner, die als Majorität im Parlament auch die Majorität des Volkes vertreten und daher auch die Führer der Nation in öffentlichen Angelegenheiten seien, nicht anordnete. Der Ausfühler verweist darauf, daß diejenigen, die dem König in dieser Hinsicht Widerstand erzeigten und nicht den Vorschlag des Führers, die mit dem Grafen von Goluchowski nicht verhandeln. Der Ausfühler verweist ferner, daß der König die Verfassungsbedeutung der Koalition als gegen die vom König übergebene Deut-

schrift und als gegen die Verfassung verstoßend zur Sanierung des Verfassungsnotstandes für ungeeignet erklärte. — Ministerpräsident Fejervary reiste Montag nachmittag nach Wien ab, wo er heute vom König in Bratislava empfangen wird.

Bei Monatsabschluss laufen nach folgende Meldungen ein:  
Wien, 26. Sept. In fünf überaus zahlreich besuchten Volksversammlungen in verschiedenen Bezirken Wiens demonstrierten die Sozialdemokraten gegen das Vorgehen des Ministerpräsidenten Fejervary v. Gausch in der Angelegenheit der ungarischen Wahlreform. Sämtliche Redner ergriffen sich in den schärfsten Angriffen auf den Ministerpräsidenten. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer unter demonstrierendem Ruf durch die Straßen, worauf sie sich ruhig gerickeeten. Nur im 17. Bezirk nahmen die Umgebungen einen größeren Umfang an, so daß die Polizei einschritt und mehrere Verhaftungen vornahm.

Bei 26. Sept. Ministerpräsident Fejervary ist nicht nach Wien abgereist. — Der leitende Ausfühler der Koalition beschloß, zur Vermeidung über eine gemeinschaftliche Antwort auf die durch den König aufgestellten Bedingungen für die Abstimmung zum 30. Oktober eine gemeinsame Konferenz aller Koalitionsparteien einzuberufen und zu ihr auch die außerhalb dieser Parteien stehenden Abgeordneten, die an der Vereidigung der Verfassung teilnehmen wollen, einzuladen. — Gelehrten abend veranstaltete eine aus mehreren tausend Personen bestehende Menge vor dem Klub der Unabhängigen Deputierten, Stofsch und Graf Apponyi hielten Reden und machten zur Beschlusheit. Der Sturm blieb innerhalb des Rahmens der Erste angeordnet werden. Etwa 500 Sozialisten verließen die Reden zu hören, worauf ein Handgemisch enthielt. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

### Italien.

**Kongress-Eröffnung.**  
Am Montag wurde in Gegenwart des Königs und der Königin, der Minister Ferrarini, Tittoni und Garasani und zahlreicher Vertreter von Bischöfen und Würdenträgern in Mailand der internationale Katholikerkongress im Schloßhotel eröffnet. Der König und die Königin wurden von den Kongreßteilnehmern lebhaft begrüßt.

### Frankreich.

Die Zustände im französischen Kongressgebiete.  
Mehreren Pariser Wählern zufolge bildet der Reichstag, welchen fürzlich der auf der Maßstab nach Frankreich in Dakar verordnete die Dränge über die Zustände im französischen Kongressgebiete von dem Kolonialminister fürchte, eine schwere Aufgabe gegen den gegenwärtigen Generalgouverneur Gentil, der sich als Fortschrittler einer hervorragenden Namen gemacht hat. In dem Bericht wird erklärt, daß durch die Verwallung Gentils insbesondere die Gabonkolonie vollständig ruiniert worden ist. Gentil habe durch sein Vorgehen die Sklaverei erneuert. Die Einwohner in der beherrschten Welt auszuheben. Hierbei habe Gentil die Regierung fälschlicherweise über die Vorgänge im französischen Kongressgebiete getäuscht. Nicht nur die untergeordneten Beamten, sondern Gentil selbst habe sich schwere Garantien gegeben, die Eingeborenen zuzuschaden kommen lassen. Die wegen der von ihnen verübten Gräueltaten zu fünf Jahren Gefängnis verurteilten Kolonialbeamten Gent und Beau haben sich während ihres Prozesses wiederholt auf ihren Vorgesetzten berufen. Gentil habe die Eingeborenen durch ungeliebte Steuern bedrückt, sie in der ungelieblichsten Weise gefoltert und häufig unzumutbar hindern lassen. Gentil habe angeblich 20.000 Schwärze, durch die die Botschaft der Truppen am Fabelle transportieren ließ, geschickt. Der Kolonialminister wird heute den Kongreßteilnehmern empfangen, welchem die Dränge seinen Bericht übergeben hat.

Zu den Vorgängen in Longon.  
Die Pariser nationalpolitischen und konservativen Blätter greifen den Reichsminister, welcher wegen des Vorgehens des Militärs in Longon den Vizepräsidenten des Councils in Qualifikation verurteilt, den Obersten des 9. Dragoner-Regiments mit 12 Zagen Arrest bestrafte und dem kommandierenden 20. Armeekorps einen Tadel erteilte, in schärfster Weise an. Die Wähler sagen, wenn der Kriegsminister Truppen in eine Streifung schickte, so geschähe dies nicht, damit sie paraderen, sondern damit sie durch energisches Vorgehen die Sicherheit des Eigentums und der Person aufrecht erhalten; wenn die Truppen diese Pflicht erfüllen, könnten sie nicht getadelt werden.

### Schweden und Norwegen.

**Der Entwurf zum Hebereinkommen zwischen Schweden und Norwegen.**

Die schwedischen und norwegischen Delegierten einigen sich in Karlstad über folgenden Entwurf zu einem Hebereinkommen zwischen beiden Reichen.  
a) Betreffend die Verweisung der Streitigkeiten an ein Schiedsgericht. Die Reiche verpflichten sich, an ein Schiedsgericht, das in Haag diejenigen Streitigkeiten zu verweisen, die nicht die Unabwängigkeit, die Integrität und vitale Interessen beider Länder betreffen. Solange die beiden Reiche nicht darüber einig werden können, ob ein entsetzender Streit solche Interessen eines Landes berührt, so wird diese Frage der Entscheidung des Schiedsgerichts unterworfen. Zur Entscheidung durch das Haager Schiedsgericht werden jedoch nicht Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchführung des Hebereinkommens verweisen, das im Zusammenhang mit der Auflösung der Union abgeschlossen wird. Das Hebereinkommen soll sehr bald nach dem Rat der Unterzeichnung an gelten und für einen Zeitraum von zehn Jahren bestehen, wenn es nicht von einer Seite mindestens zwei Jahre vor Ausgange der zehnjährigen Periode gelündigt wird.





